

Bezugspreis
Für Halle monatlich bei regelmäßiger
Zahlung 1.10 Mark, wochentlich
5.30 Mark, durch die Post 3.25 Mark
ausgeschlossen Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im ein-
zelnen Jahres- und Vierteljahres-
Kataloge sind die Bedingungen mit
Bezugnahme eingehend angegeben. Für un-
verlangt eingeschlagene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
des Verlegers gestattet.
Herausgeber: Dr. Carl Schickel, Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Zeitung-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Route Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Geschäftszeiten
oder deren Raum mit 30 Pfg. berechn-
et und in unseren Anzeigenstellen,
und allen Anzeigen-Verhältnissen ange-
nommen. Bekanntmachung des 2. und 3. Mit-
telstückes der Anzeigen-Annahme
vormittags 11 Uhr für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigen-Verhältnissen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erscheinungsort: Halle a. S.
Erscheinungstag: zweimal
Sonntags einmal
Schließung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, S. Deutsches Haus Nr. 24.

Nr. 228.

Halle, Mittwoch, den 16. Mai

1917.

Französische Schlappe bei Neuville.

Die Kriegszieldebatte.

Aus fortschrittlichen Reichstagsgruppen wird uns ge-
schrieben:

Außerhalb scheint es, als sei der Abgrund zwischen den
Kriegszielen und Friedenshoffnungen der äußersten Rechten
und der äußersten Linken noch tiefer und unüberbrückbarer
als vorher. Der Abgeordnete Scheidemann sprach am Dien-
stag im Reichstag fürchter als man es seit den denkwürdigen
Tagen im den 4. August 1914 von ihm gehört hat. Die Abge-
ordneten Reiche und von Graefe, welche letzteren die Partei
offenbar immer dann ins Feld führt, wenn die eigent-
lichen Parteibipolaren es für richtig halten, sich auszu-
scheiden und dafür ein Mitglied sprechen zu lassen, das in
einer Unbeschränktheit sich um so leichter als „Enfant terrible“
von den Reichstagen schütten läßt, sagen wieder all die alten
Rechtler der Kanzler-Gruppe, spielen Hindenburg und den
Kaiser gegen den unglücklichen Kanzler aus und suchen nach
wie vor mit durchsichtiger Bosheit den gegenwärtigen Kanzler
mit einer Politik zu identifizieren, die sie mit dem
törichtesten Schlagwort vom „Scheidemann-Frieden“ zu brand-
marken pflegen. Und trotzdem wird, wie wichtig man die Dien-
stagsrede in ihrem Gesamtverlauf, der Eindruck nicht von
der Hand zu weisen sein, daß nicht die Interpellanten, son-
dern der Kanzler es war, der einen neuen Erfolg davongetra-
gen hat.

Schon die Feststellung des Reichstags, an der später
Herr von Graefe vergeblich zu rütteln und zu deuteln ver-
suchte, daß keine neue und unbekannteren Friedens-
bedingungen sich mit denen der Deutschen Heeresleitung ver-
einbaren ließen, erntete doch nur von den radikalen links-
deutschen anzueinander die Versicherung, daß er in all diesen
Fragen auch mit den leitenden Staatsmännern der uns ver-
bündelten Reiche durchaus konform gehe, wird im Lande wie
bei unsren Gegnern Beachtung finden müssen. Auf der an-
deren Seite möchten wir annehmen, daß die aus den Mittel-
parteien — von der Mehrheit der Deutschen Fraktion und
dem Zentrum bis hinüber zur fortschrittlichen Volkspartei
einschließlich — zum Ausdruck getommene Zustimmung zu der
Politik der Reichsleitung auch die Auffassung der Mehrheit
des Volks ist. Herr von Bethmann Holweg hat nun einmal
nichts von der Natur eines (oder gar des) „eisernen“ Kanzlers
an sich. Gerade deshalb müßte die unerschütterliche Ent-
schlossenheit sympathisch und überzeugend wirken, mit der
der Reichstagsrat gegenüber allem Drängen von rechts und
links es nach wie vor absieht sich in diesem Augenblick auf
bestimmte Friedensbedingungen festzulegen oder festlegen zu
lassen. Anders erachtet man und wird man es verstehen,
wenn der Kanzler insbesondere gegenüber Frankreich und
England, deren Regierungen noch in der allernächsten Zeit
amtlich und feierlich verkündet haben, daß ihre Kriegsziele
noch dieselben seien, wie im Jahre 1915, sich weigert, noch
einmal von Frieden und Machsigkeit zu sprechen, und von
allem schnell und allzu laut betonten Bericht sich genau so eine
Erwähnung des feindlichen Friedenswillens und eine
Verlängerung des Krieges erwartet, wie er von der ab-
schüssigen Formulierung bestimmter territorialer oder ma-
terieller Forderungen. Die deutsche Friedensbereitschaft
fehlt seit dem Dezember seit 20. wo sie, wie von Reichstag,
auf die Möglichkeit und auf den Willen zur Verhängung
rechnet, bietet die deutsche Politik auch jetzt noch die Hand zu
solcher Verhängung, ja hier — und das war das Neue, Be-
deutsame und hoffentlich Fruchtbringende an den Erklärun-
gen des Reichstags — bekennt sie sich ausdrücklich willens
zum Verzicht auf „unmäßliche Forderungen“, zur Herstellung
eines Friedens, der „ein dauerndes, heiliges, friedliches
Abensinnberleben der Völker“ möglich macht, eines Friedens,
der jede Vergewaltigung abweist und keinen Schaden,
keine Verletzung zurückläßt.

Gerade angesichts dieser Erklärungen des Reichstags
konnte und sollte unseres Frachdens die Politik der Mittel-
parteien, wie sie in der Erklärung des Abgeordneten Spaan
ihre Formulierung gefunden hat, die Brücke von rechts nach
links bilden. Mit einer persönlichen Erklärung am Schluß
der Dienstagsrede hat der Abg. Scheidemann dem Fortschritt
und der politischen Ausbeutung seiner angeblichen „Drohung
mit der Revolution“ selbst den Boden entzogen. Er hatte
vorher erklärt, auch müsse er zugeben, daß die Bestimmthe-
tliche bisheriger Friedensbereitschaft gezeigt hätten. Wenn
das aber eintreten sollte und wenn wir dann etwa eine Re-
gierung hätten, die vielleicht unter dem Druck allseitiger
Unerschütterlichkeit trotzdem zum Zweck der Eroberungen die
Resolution im eigenen Hause bekommen. Herr Scheidemann
hat sich selbst dann kommentiert und versichert, er glaube
keinen Augenblick daran, daß wir jemals eine so tödliche Re-
gierung haben würden. Wir haben bisher — trotz häufiger
schäblicher Meinungsverschiedenheit — den Politikern Scheidemann
mann anerkannt, dem man insbesondere eine Entschlossenheit
leidet nicht wird nachgeben können. So beabsichtigt die klein-
ere Drohung also auch gestlungen haben mag: vielleicht läßt
sie sich mit dem letzten Selbstverweigen des sozialdemokra-
tischen Führers erklären, das ja auch aus der kategorischen

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 16. Mai.

Westlicher Kriegshauplay.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Bei ungenügenden Witterungsverhältnissen war die Ge-
schäftstätigkeit verhältnismäßig gering.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Widerstands von Craonne und nördlich von Prose-
nes hielt die gesteigerte Artillerietätigkeit ohne Unter-
brechung an.

Westlich von Neuville brach ein mächtiges Bataillon
aus 600 Meter Breite in den feindlichen Graben ein und
hielt die neu genommene Stellung gegen mehrere mit starken
Kräften geführte französische Angriffe. 175 Gefangene sowie
zahlreiche Gewehre aller Art fielen in die Hand der tapferen
Truppen.

Deftlicher Kriegshauplay

Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Das lebhafteste Feuer zwischen Prespa und Doiran-See
hat auch auf die Struma-Front übergegriffen.

Erfolgreiche Fliegerstätigkeit.

WTB. Berlin, 16. Mai. Während die Tätigkeit der Luft-
streitkräfte des West durch die ungenügenden Witterungsverhält-
nisse stark eingeschränkt wurde, war sie am 15. Mai sehr rege.
Unsere Geiger hatten es am 13. Mai wieder einmal besonders
auf unsere Ballons abgesehen. Ihre Tätigkeit ist ihnen aus ver-
ständlichen Gründen ein Dorn im Auge. Gerade in der letzten
Woche haben unsere Aufklärer uns durch die Überwachung der
Gegend an und hinter den feindlichen Linien und durch die Er-
kundung und die von ihnen geleitete Bekämpfung feindlicher
Batterien überaus wertvolle Dienste geleistet. Der Feind beschloß
die Luftschiffe und die Ballons selbst mehrfach mit Artillerie.
Aberdem fanden an den Dampfampfonten zahlreiche Flieger-
angriffe gegen die Ballons statt. Aber unsere Abwehrschiffe und
unsere Schutzbatterien waren auf der Wacht. Nicht ein Ballon wurde
berannt.

Unsere Bombenflieger betätigten sich mit dem gewöhnlichen
Erfolge. In der Nacht vom 13. zum 14. Mai verurteilte ihr ge-
zieltes Spreng- und Brandbombardement auf dem Bahnhof
Commerce Zerstörungen und einen Brand. Unsere Geiger ver-
loren am 13. Mai 14 Flugzeuge und einen Infanterieballon, am 11.
fieben Flugzeuge.

Wieder 20000 Tonnen versenkt.

Berlin, 15. Mai. (Amtlich.) Neue U-Boot-
Erfolge im Atlantischen Ozean: 5 Dampfer
und 4 Segler mit 20000 Br.-R.-T.
Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. fol-
gende: der englische Dampfer „Comedian“ (4889 Br.-R.-T.)
und „Joyal“ (5434 Br.-R.-T.), beide mit Getreide und Munition
beladen. Die übrigen versenkten Schiffe führten u. a.
folgende Ladungen: ein Dampfer Holz und Maschinenteile,
zwei Segler Kohlen und zwei Segler Holz.

Wieder ein feindlicher Truppentransportdampfer vernichtet.

Lugano, 15. Mai. Nach Meldungen aus Genua ist der
Truppentransportdampfer „Transylvania“, auf der
Reise nach Marseille begriffen, auf eine Mine gestoßen.
3000 Soldaten und 80 Schwelken wurden gerettet.

Forderung in der Angelegenheit der Stockholmer Pässe sprach,
vielleicht auch aus dem Gedanken an die Millionen sozial-
demokratischer Wähler, die nun einmal starke rhetorische Ge-
schürfen wollen. Den Konservativen wiederum ist
nicht Unrecht gechehen, wenn man ihnen die Wahlfreiheit
und die Selbsttätigkeit ihrer Politik, in den Fragen der Kriegs-
ziele genau so wie in den Fragen der Brot- und Kleinf-
versorgung, vorhält, und wenn man ihnen ein redlich Maß
von Schuld zuspricht an den bedauerlichen Gegenständen, die,
im schärfsten Widerspruch zu jenem viel zitierten Kaiser-
wort, nicht eigentlich im Volke als zwischen den Parteien, be-
stehen und genährt werden.

Es ist nicht anzunehmen, wie man im Angesicht der augen-
blicklichen militärischen und politischen Lage und im Ange-
sicht der bestimmten Versicherungen des Kanzlers von der
Ablehnung der Meinungen, unserer militärischen Ver-
trauen weigern will. Der Verlauf der Reichstagsdebatte
bedeutet, trotz Gedröhre und Gerede, eine Kundgebung des
Betrutens aus leitens der Reichstags, eines Betrutens,
das die Reichsregierung hoffentlich — insbesondere auch in
ihrer inneren Politik — rechtfertigen wird.

Zur Friedensfrage.

Amsterdam, 16. Mai. In den politischen, diplomatischen
und Parlamentarischen Hollands liegt man nunmehr zum
erstenmal seit Kriegsbeginn ernste Friedenshoffnungen.
Optimisten glauben, daß schon Ende Juni ein all-
gemeiner Waffenstillstand der unmühen Menschen-
schätzerei ein Ende bereiten werde. Auch die Amsterdamer
und Rotterdammer Pressefreunde teilen diese Stimmung, was
aus der Tatsache hervorgeht, daß sogenannte Kriegs-
arbeiter eine Käufer mehr finden, während die
Friedenswerte sehr begehrt sind und in die Höhe
gehen. Auch der Umstand, daß die Deutschen der Mittel-
mächte und Belgiens an den holländischen Börsen schon seit einigen
Tagen nicht mehr weichen, sondern eine große Festigkeit be-
finden, wird allgemein als ein Zeichen des nahenden Friedens
angesehen. Was die Friedensbereitschaft betrifft, ist in
erster Linie die Wohnbevölkerung, daß die Frühjahrs-
offensiven der Engländer und Franzosen in
den ersten vier Monaten dieses Jahres keine greif-
baren Ergebnisse gezeigt haben und wegen der
Menschenverluste der Angreifer kaum über den Status
festgesetzt werden können. Dazu kommt die gewaltige An-
zahl harter wachsenden Bedürfnis der Entente-Länder,
namentlich Englands, durch den U-Boot-Krieg. Schließlich
werden alle Vorkänge in Hinblick auf den
Weltfrieden gütig eingestuft; denn trotz der Be-
schönigungen Reuters und der Petersburger Telegraphen-
agentur weiß man im Haag mit voller Bestimmtheit, daß
mindestens drei Viertel der maßgebenden
russischen Revolutionärpartei von einer
Fortsetzung des Krieges aus den verschiedensten
Gründen nichts mehr wissen will.

Eine Stimmung, der selbst der begeisterte Ententegegner
Rusjoff sich nicht widrigen müssen nach dem bekannten Grund-
satz: „So sommetes ou se laissent.“ Der Eintritt Amerikas
in den Krieg gilt hier nicht als ein den Krieg verlängern-
der Umstand, weil er nach der bisherigen Aufzählung zu spät
erfolgt ist. Man hält in politischen Kreisen Solonds an der
Überzeugung fest, daß Präsident Wilson nur die günstige
Gelegenheit benutzt habe, um gegen Japan zu rufen, daß
er aber niemals den ersten Willen gehabt habe, wirksam
in die europäische Kriegssituation einzugreifen.

Friedensneigung bei den Feinden?

Der „Wall Street Journal“ berichtet aus dem Haag: Der
gut unterrichtete Pariser Korrespondent des holländischen
Blattes „L'Esp.“ erklärt, daß die deutsche Regierung
der Vertreter der alliierten Regierungen in Paris sich
mit der zu gebenden Antwort auf die Erklärung der
Friedensbereitschaft der Zentralmächte erklären
zu können, daß der Friede nicht lange mehr aus-
bleiben wird. Er gibt zu verstehen, über diese An-
gelegenheit weitere Einzelheiten zu wissen, die er aber wegen
der Jeunir nicht bekanntgeben dürfte. Amerika erkläre
sich bereit, Friedensverträge zusammen mit den
Alliierten zu prüfen, ohne sich indessen zu irgend
etwas zu verpflichten.

Stobolew.

Der neue Stern der russischen Revolution.

Nach den letzten Meldungen aus Petersburg fördert
der Arbeiterpartei angehörs des Militärtrits Gustafson nun auch
die Erklärung Wilkufens durch Stobolew. Aber ist dieser
Stobolew? Der Name ist dem geschichtlich Gebildeten ver-
traut, weil es einmal einen russischen General Michael Dmitri-
jewitsch Stobolew gegeben hat, der den Feldzug gegen
China 1873, gegen Korea 1876 mitmachte, 1877 Kommandeur
wurde, 1879 von Aleska ausgeschieden, 1881 die Tele-
graphen unterwarf und 1882 in Moskau unter sehr galan-
dunklen Umständen starb. Aber mit jenem Generale ist der
radikale Abgeordnete Stobolew, der jetzt als neuer Stern
der Petersburger Revolution aufzugehen scheint, nicht ein-
mal entfernt verwandt. Sein Name wurde der breiteren
Öffentlichkeit bei uns erst durch bekannt, daß er Anfang
dieses Monats Mai die beiden Erklärungen des Arbeiters
und Soldatenrats gegen Wilkuf und Gustafson unter-
zeichnete. Kennen sich Mitarbeiter der Anzeiger
wollte nicht unterscheiden. Wie die sieht sich zu sehr als
einfeltiger sozialdemokratischer Parteikämpfer. Aber
hat noch zu wenig Anhang. Die Erklärung gegen Wilkuf
besagte bekanntlich, daß die russische Demokratie mit den
Kriegszielen dieses Auslandsministers — Aufteilung Oester-
reichs, Ungarns, Eroberung der Dardanellen — nichts zu
schaffen habe. Und gegen Gustafson wurde erklärt, daß Rus-
lands revolutionärer Volk und Her keineswegs die Zer-
trümmerung Oesterreichs und Deutschlands wünsche. Man
hielt die Unterfertigung Stobolews lediglich für eine Sache der
Form und der Verlegenheit. Nun aber dieser Mann als
Hochgradiger Wilkufens vorgefallen wird, stellen sich jene
Erklärungen des Arbeiterrats als das feststehende Pro-

Gärung in der englischen Arbeiterschaft.

WTB. Bern, 15. Mai. Nachdem Bonar Law bereits am 9. Mai im Unterhause auf die bedauerliche Gärung unter der Arbeiterschaft hingewiesen hatte, bringen die englischen Zeitungen vom 11. Mai weitere Umdeutungen über weitgehende Unzufriedenheit. Eine gewisse Anzahl herrsche...

Erbitterung gegen Rußland in England.

T. U. Christiania, 14. Mai. (Drohberichter.) Russische Wärgte, die sich längere Zeit in London aufgehalten haben, berichten, daß der König George, als er letzten mit Lord...

Englands Militarismus!

Nach Schweizer Meldungen aus London erklärte der englische Ministerpräsident Lord George auf eine Anfrage Lamberts im Unterhause, die Regierung sehe sich durch die veränderte Kampfesweise zur See gezwungen, auch nach dem Kriege das stehende Heer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht...

Was England von der englischen Admiralität zu wissen wünscht.

WTB. Berlin, 15. Mai. Die „Morning Post“ vom 10. Mai 1917 bringt einen „Verhöhnungsartikel“ eines ihrer Korrespondenten unter der Überschrift: „Die Flotte und die Unterseeboote. Was das Land zu wissen wünscht.“ Der lange Aufsatz beginnt mit folgenden Ausführungen: „Wenn man nach den Aufträgen urteilt, die in den letzten vierzehn Tagen in unserer Presse erschienen sind, so ist England wegen...

Nehmen wir zuerst die Admiralität vor. Es ist zweifellos zu behaupten, daß in unserem Lande hinsichtlich der Fähigkeit der Admiralität keine Bedenken beständen. Diese Bedenken werden vielmehr in allgemeinen Redemondungen geäußert, und zwar in Worten wie diesen: „Wo ist die Flotte? Was ist mit der Admiralität los?“ Diese Fragen in mehreren hundertmaligen starken schwarzen Ueberschriften haben die dreifache Wirkung, die Zeitungen verächtlich zu machen, Einbruch hervorzurufen und Niedergelassenheit zu erwecken. ... Aber wenn man einen solchen Ausfall liest, der im allgemeinen mit der kategorischen Forderung eines vollen und allgemeinen Wechsels im Personal der Admiralität schließt und eine unmittelbare Offensive unserer Flotte fordert, so möchte man wünschen, daß die Flotte nicht immer so Mißwägend hätte verhalten, sondern etwas mehr Aufmerksamkeit der Erziehung ihrer getreuen Bewohnere hätte widmen sollen. ... Die Pressekritik endet, um nicht unangenehm zu erscheinen, in vielen Fällen mit dem Ruf: „Was ist mit der Admiralität los?“ Aber wenn ein Wechsel in der Admiralität fiktiv gefunden hat, der fast so vollständig und weitreichend ist wie der geforderte, und wenn Leute in die Admiralität gelangen sind, die alle die im Volksmunde verlangten Eigenschaften im höchsten Maße besitzen, und wenn der Wechsel nicht nur vergleichsweise, sondern tatsächlich erst vor kurzem stattgefunden hat — was dann? Sollen wir wirklich „Wechsel in der Admiralität“ haben, bis die Klumpen der britischen Flotte auf dem Boden des Meeres verfaulen, zwischen den Minenfeldern an der deutschen Küste, und der Krieg verloren wird? Und dies würde das Resultat einer „Offensive der Flotte“ sein, „wenn etwas geschehen müßte“, wenn „Bergeltungsmassnahmen“ stattgefunden, wie sie der Verfasser solcher Aufsätze im Auge haben. „Aber“, so fragen sie, „warum können die einen nicht befristet werden?“ „Weberlegen wir nicht länger die See?“ Die Antwort auf die erste Frage ist: „Sawohl, aber nicht an der Basiswelle unseres Nachbarn heuteutage.“ Ja, man beschehe sich die Sache an.

Der Hunne legt Minenfelder an den Zugängen seiner Häfen. Wir schicken Minenboote hinaus. Er schickt Zerstörer, um sie zu vertreiben. Wir leisten Widerstand. Er schickt Kreuzer aus. Wir leisten Widerstand. Er sendet Schlachtkreuzer und Schlagschiffe. Wir leisten Widerstand. Er schickt Unterseeboote aus, um sie, die wir ihm bekannt sind. Wir Engländer leisten Widerstand? Wo ist die Unterseeboote können nicht in der Tiefe Unterseeboote bekämpfen, und noch immer sind wir auf der letzten Seite des Minenfeldes.

Schlagfertigkeit der russischen Front gänzlich hinfällig erscheinen. Ob Gushkow einen Nachfolger findet, erscheint sehr ungewiss, denn die vom Arbeiterstand erwartete Stunde des gänzligen Zusammenbruchs des Ministeriums erscheint nach Gushkows Schritt nahe.

Dem Chaos entgegen.

T. U. Eugano, 15. Mai. Nach den heutigen Meldungen der Londoner und Petersburg Korrespondenten der italienischen Blätter eilt in Petersburg die Lage in schnellstem Tempo einem vollständigen Chaos entgegen. Der Londoner Vertreter des „Secolo“ schreibt: Die Anwendung des Wortes „anarchistisch“ bei der Erörterung der unabhängigen anarchistischen Revolutions in der Petersburg Vorlesung Schlußfolgerung gebe dieser Revolutions ihren Charakter und beweise glatt, daß sie der Entente feindlich gegenüberstehe. Außerdem weigere sie die „rote Garde“ ihre Waffen auszuliefern, aus Furcht der Arbeiter- und Soldatenrat könnte unter Verletzung des ihm von den revolutionären Arbeitern übertragenen Mandats ein Kompromiß mit der Bourgeoispartei schließen, wogegen die Extremisten bewaffneten Widerstand leisten wollten. ... Der Pariser Vertreter des „Secolo“ gesteht zu, daß der Ministerrat Gushkows und Kornilows tiefe Bestürzung in den leitenden Pariser Kreisen hervorgerufen habe, besonders die Begründung zu diesem Schritt habe tiefen Eindruck gehabt.

T. U. Amsterdam, 15. Mai. „Daily Express“ vernimmt aus Petersburg: Immer mehr gewinnt es die Ueberzeugung Raum, daß Rußland nur durch einen energischen Beschluß, durch das mittellose Regiment eines modernen Cromwell geleitet werden könne. Erfolge dieses nicht, dann werde die Auflösung kommen, durch die Rußland in eine Anzahl kleiner Republiken aufgeteilt werde. Wir leben, daß die Vertreter an der Front, laut der Berichterstattung, daß die Republik Schlußfolgerung der Gewalt der vorläufigen Regierung trägt, vor sehen das Haus des Herzogs von Leuchtenberg in Petersburg durch eine Schar Anarchisten in Besitz genommen, während die Regierung dagegen vollkommen machtlos ist. Der Rat der Soldaten und Arbeiter trägt, aber tatsächliche Maßnahmen werden gegen die Feinde des freien Rußlands nicht getroffen.

Die bedrohte russische Regierung.

T. U. Amsterdam, 14. Mai. Nach zuverlässigen Nachrichten, die aus Petersburg und anderen russischen Städten hier eintreffen, unterliegt es keinem Zweifel, daß der Arbeiter- und Soldatenrat täglich an Macht gewinnt und der Sturz der eintreffenden Regierung nur eine Frage kurzer Zeit ist. Die Bolschewiken der Entente machen, indem sie das Geld mit freigelegter Hand austreten, die trampelhaftesten Anstrengungen, um ihren politischen Söldner Miljutow zu halten; aber gerade der Ministerrat dieses Ministeriums fordern die Arbeiter und Soldaten. Der Sturz der vorläufigen Regierung würde das Signal zum Kriegsende sein. Alle Gerüchte aus Rußland stimmen darin überein, daß von einer neuen russischen Offensive an irgendeiner Stelle keine Rede mehr sein kann, wie denn auch kein russischer Vertreter mehr an der jüngsten Kriegskonferenz der Entente-Minister in St. Jean de Maurienne teilgenommen hat.

Die Republik Schlüsselburg.

a. B. Genf, 15. Mai. In Schlüsselburg bei Petersburg hat sich eine kleine Bauernrepublik gebildet. Aus Anru Freiheit über die geringen Hoflieferungen riefen die Bauern die Republik aus; weiter erhoben sie Steuern und beiholmagnahmen die Bäuerlein. Tschelise bemüht sich, Ordnung zu schaffen.

Die russischen Sozialisten verzichten auf Litauen und Kurland.

Ein Sonderberichterlatte des „B. L.“, der sich seit einigen Tagen in Stockholm aufhält, gibt eine Schilderung der dort gemachten Eindrücke. Er mußte die Wahrnehmung machen, daß man in Stockholm hinsichtlich der Friedensmöglichkeit weit größerem Optimismus begegnet als anderswo. Von besonderem Interesse ist die Mitteilung, daß in den letzten Wochen rund 14 Millionen Soldaten die russischen Schützengräben selbst herztlich verlassen haben, um sich angeblich wichtigen Angelegenheiten in Stadt und Land hinzugeben. Das angesichts solcher Zustände kein vernünftiger Mensch ernstlich an eine Offensive dieser Armee glaubt, braucht kaum mehr gesagt zu werden. Diese Erkenntnis scheint denn auch der Hauptanlaß zu den neuerlichen Erklärungen in der Moskauer Sozialistenpresse gewesen zu sein, wonach sie eine etwaige Rückeroberung Litauens und Kurlands als einen großen Erfolg gegen die Worte von annettionselosen Frieden betrachten müßte. Hiermit zu urteilen, ist man als in russischen sozialistischen Kreisen bereits entflohen, die heutige Schützengraben zum Ausgangspunkt von Friedensverhandlungen zu machen.

Der neue Kommandant von Petersburg.

Die „Frankf. Ztg.“ erfährt aus Moskau: „Jawas“ berichtet aus Petersburg: Kriegsminister Gushkow gab kürzlich den Befehl, die Offiziere und Soldaten, die noch nicht an der Front waren, an die Front zu schicken. Die Zeitungen glauben, daß General Polowow den zurückgetretenen Kommandanten von Petersburg, General Kornilow, ersetzen werde.

Buchanan nach England entflohen.

a. B. Christiania, 14. Mai. Wie der Korrespondent der „B. Z.“ erfährt, hat gleichzeitig mit dem französischen Botschafter in Petersburg, Pololow, auch der britische Botschafter Buchanan im irrenlichen Intonanti sich in Bergen vor ein paar Tagen nach England eingeschifft. Die Richtigkeit der Meldung kann von hier aus nicht weiter nachgeprüft werden. Vieles spricht aber dafür, daß sie zutrifft.

Die Minister Garnison tatsächlich auf dem Wege nach Petersburg.

Laut „Haller Nachrichten“ melden die Walländer Zeitungen aus Petersburg, daß die Truppen in Wink zur Herstellung der Ordnung nach Petersburg marchieren.

gramm Stobolews dar. Wie uns dazu ein sehr gut unterrichteter Stocholmer Mitarbeiter schreibt, ist Stobolew schon seit dem ersten Tage der Revolution der bewußte und von seiner Partei anerkannte Gegenpol der imperialistischen, von England gelaufenen Regierung Miljutows. Schon in jener Dumaungang vom 14. März, in der Kerenski als Vertreter der neuen Regierung sich vorstellte (Miljutow hatte ja die Duma nach Hause schicken wollen, sie ging aber nicht), fand der Abgeordnete Stobolew auf und hielt eine Rede, deren Inhalt bis heute nicht allgemein bekannt geworden sein dürfte. Stobolew machte die Mitteilung, daß die soziale Gruppe der Duma und die Arbeiter mit den Zielen der provisorischen Regierung nur einen leichten Kontakt habe. Er warnte die provisorische Regierung, sich über die wahren Wünsche des Volkes leichtfertig hinwegzusetzen. Das Volk müsse beständig nach Frieden, es könne sich mit den Kriegsziele der liberalen Gesellschaft keinesfalls befreunden. Die Liberalen sollten jetzt, nachdem die veraltete Regierungsform und Regierung für immer befristet sind, von den unfruchtlichen Kriegsziele, deren Verwirklichung Rußlands Unglück sei, lassen. Allen Ersten müsse man jetzt an eine Reform des Kriegszieleprogramms herangehen. Man sollte das Mutterziele einstellen. Rußlands Not sei nicht allein durch die Schlammerwirtschaft der Regierung entstanden, die eigentliche Wurzel der russischen Not liege der Krieg. Solange der Krieg andauere, werde das russische Volk auch hungern müssen. Es müsse schließlich dafür sorgen, daß die russischen Männer, die heute in den fruchtbarsten Schützengräben liegen, auf die Felder Rußlands zurückkehren und diese erneut bebauen. Falls der Krieg weitergehe, werde Rußland im nächsten Frühjahr vor einer massenhaften Katastrophe stehen. Diese Katastrophe werde dann auch den völligen Untergang Rußlands bringen. Die neue Regierung solle deshalb keine halben Maßnahmen ergreifen. Die Arbeiterschaft verlange nämlich eine rasche Beendigung des Krieges. Die Arbeiterschaft habe mit der Gesellschaft eine vorläufige Arbeitsgemeinschaft geschlossen, obwohl die politischen Ziele der Arbeiterschaft von denen der Gesellschaft himmelweit verschieden seien. Die neue Regierung könne nur dann auf den ernstlichen Bestand der gesamten Armee rechnen, wenn sie dem Lande den Frieden bringe. — Das trat vor genau vier Wochen. Heute fordert der übermächtig gewordene Arbeiter- und Soldatenrat die Ersetzung der Miljutowschen Regierung durch einen Mann, den Sozialisten Stobolew. Man braucht ihn für die Stocholmer Tagung.

Auch von anderer Seite wird uns geschrieben: Das Problem ist nicht bloß ein politisches, militärisches, sondern vor allem auch ein wirtschaftliches: es ist kurzum das Problem der Hungerlinderung für ein Volk von 180 Mill., in dessen unermesslichem Weiche bisher trotz vorrückender Jahreszeit für die Ernte so gut wie nichts geschehen ist. Das Hungerbedenken und in seinen letzten Folgen noch gar nicht Auswendende sind der Streit und die Widerständigkeit der Bauern, die nicht die geringsten Anhalten machen, mehr zu bauen, als sie für ihren eigenen persönlichen Bedarf an Getreide brauchen. Ich höre und lese Berichte von Helfern, die sich über den ganzen Ernst dieser Tragödie der ungelöseten Bauernschaft vollkommen klarheit verschaffen haben. Auch Miljutow muß in demommen haben, daß die jetzigen dieser verschwindende Ausnahmen bilden, in denen die Bauern ihrer Pflicht nachgehen und den Boden bestellen. Aber selbst in diesen Ausnahmefällen bildet der Mangel an Saatgut fast die Regel. Hier trägt die Regierung des Herrn Kowow die Hauptschuld, der im Einvernehmen mit Miljutow es zugegeben hat, daß den Städtern im Verlaufe der Revolutionen Saatgetreide und Saatkartoffeln wahllos überwiehen wurden, weil auf andere Weise die Ernährung der Massen in Frage gestellt worden wäre. Man hat aufs Bestenmögliche Instandgehalten, und jetzt sieht man vor dem Vorne. Ich höre einen hier eingetroffenen Großhändler aus Moskau, der sich mit dem Bauern und über die Bauern den. In Sonderausgaben und über Bauernvereinigungen vereinigen sie sich und teilen sich in Gruppen zur Selbstregierung herrenlosen Gebietes. Nur noch Bauern bilden sie. Mit keiner Gewalt kann ihnen entgegengetreten werden. Ja, die Behörden wären froh, wenn die Bauern mit ihrem Aufstellungswerte zu Ende kämen und endlich an die Befehlssachenarbeiten gingen, damit wenigstens etwas zu ernten wäre. Aber da kommen die Bauern aus den Nachbarnbezirken, die Soldaten von der Front und führen wilde Kämpfe um den besseren Weis. Die dringenden Arbeiten aber bleiben liegen. Aufruhr und Anarchie auf dem Lande, soweit man blickt.“

Miljutow — Kultusminister?

Die Bedingungen der Sozialisten. a. B. Amsterdam, 15. Mai. „Manchester Guardian“ wird aus Petersburg gedruckt: Alle sozialistischen Parteien machen ihre Teilnahme an der Regierung abhängig von der Säuberung des Kabinetts von allen Elementen, die hinsichtlich der Kriegsziele nicht den Standpunkt der Sozialdemokratie teilen. Sie protestieren namentlich gegen das Verbleiben Miljutows als Außenminister, wollen ihn aber als Kultusminister beibehalten. Die Lage sei nach Ansicht der sozialistischen Parteien derart, daß ein Kabinettskabinet die Kriegsziele realisieren müßte. Gegenüber einer Wobnung von der Front erkannte Miljutow Rußlands Bericht auf Konstantinopel an. Kerenski versicherte, daß die Friedenssichtung Fortschritte mache. Er selbst werde zurücktreten, wenn das Kabinet dem Volkswillen, das Ende des Krieges herbeizuführen, nicht nachkomme.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in der provisorischen Regierung.

Petersburg, 15. Mai. (Petersburger Telegraphenagentur.) Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich mit 41 gegen 19 Stimmen bei einer Stimmhaltung für die repräsentative Teilnahme der Sozialistenpartei an der provisorischen Regierung ausgesprochen.

Zum Rücktritt Gushkows.

a. B. Stockholm, 15. Mai. Der Rücktritt des Kriegsministers Gushkow bedeutet eine eilige Pflicht vor der angekündigten allgemeinen Desorganisation der Arme, deren Beendigung selbst einem so energischen Manne wie Gushkow nicht gelingen ist. Er betonte in der Regierungs- und Arbeiteratung, daß er den letzten Funken von Optimismus verloren habe, seitdem die Lage sich noch wesentlich verschlechtert hätte. Die fortgesetzten Erhebungen der Soldaten gegen ihre Kommandosellen, der wühnigen Versuch der Erneuerung des Ministeriums durch die Sozialisten lasse eine